



**Haushaltsrede des
Fraktionsvorsitzenden
zum
Doppelhaushalt
2015 / 2016**

Unna, 27.November 2014

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

nach dem Motto, die Hoffnung stirbt zuletzt, haben wir als Kommunalpolitiker in den letzten 2 Jahren, mehr oder weniger geduldig auf die Erfüllung von Versprechen gewartet, die der kommunalen Familie von Bund und Land immer wieder gegeben werden. Das Warten war leider vergeblich. Wir werden weiter getröstet und trösten unsererseits die Bürger dieser Stadt auf das Ziel, welches wir einen ausgeglichenen Haushalt nennen.

Viele von uns kennen doch das Gefühl gar nicht mehr, etwas Nachhaltiges für diese Stadt gestalten zu können, denn Gestaltung ist regelmäßig auch mit Kosten verbunden. Stattdessen streichen wir selbst sinnvolle Ausgaben überall da, wo wir die Kompetenz dazu haben. Wir greifen unseren Bürgerinnen und Bürgern immer weiter und tiefer in die Tasche. Während sich der Bundesfinanzminister in Berlin mit seiner schwarzen Null auf unsere Kosten feiern lässt und Landesmutter Kraft vergeblich versucht, beim Bund für Nordrhein Westfalen Verbesserungen zu erreichen, fahren Unnaer Ratsmitglieder in die Landeshauptstadt, um auf die verzweifelte Finanzlage der Kommunen aufmerksam zu machen.

Das Ergebnis all' dieser Bemühungen kann leider nicht befriedigen. Wir müssen weiter mehr Geld ausgeben als wir einnehmen. Wir bleiben weiter in der sogenannten Vergeblichkeitsfalle, verbrauchen weiter unser Eigenkapital und werden, wenn keine grundlegenden Veränderungen eintreten, in den nächsten Jahren zwangsläufig in die Überschuldung geraten. Dieses Schicksal teilen wir dann mit einer Vielzahl anderer Kommunen in diesem Land.

Was können wir ohne Hilfe dagegen tun? Wenig! Wir haben nur die Möglichkeit, den eingeschlagenen Konsolidierungskurs konsequent weiterzuführen. Gleichzeitig müssen wir die Lebensqualität in dieser Stadt erhalten. Das hört sich einfach an, ist es aber nicht. Dieser Spagat wird von Jahr zu Jahr schwieriger. Dennoch, solange wir noch nicht überschuldet sind, behalten wir zumindest unsere begrenzte finanzielle Souveränität. Es hilft nicht, ersatzweise zu resignieren oder sich zu verweigern. Am Ende schaden wir uns mit einer solchen Haltung nur selbst, denn der Sparkommissar wird nicht in Berlin oder Düsseldorf sitzen, sondern genau hier bei uns in Unna. Hier wird er uns die letzten Kompetenzen nehmen und dabei sehr genau sagen, wo noch etwas aus dem Bürger herauszupressen ist. Immerhin brauchen wir dann nicht mehr um Ausgaben zu streiten.

Was aber sicher auch nicht hilft, meine Damen und Herren, ist die neue und immer beliebter werdende Methode, anstehende

unliebsame Entscheidungen aufzuschieben, indem man sogenannte Prüfaufträge an die Verwaltung formuliert. Diese vermeintliche Lösungsvariante beschäftigt die ohnehin gut ausgelastete Verwaltung zusätzlich. Das eigentliche Problem wird dabei nicht gelöst, sondern nur nach hinten geschoben. Aus irgendwelchen unergründlichen Hoffnungen machen die meisten von uns nur allzu gern dabei mit. In der Psychologie nennt man so etwas Prokrastination oder auch "Verschieberitis".

Meine Damen und Herren, wenngleich die vom Kämmerer vorgeschlagene "Baulandoffensive" zunächst nur als Diskussionsgrundlage und Anregung zur Verbesserung der Gesamtsituation gedacht ist, sprechen gute Gründe für deren tatsächliche Umsetzung.

Wir zweifeln zwar die Zahlen des Zensus berechtigt an, werden aber auch bei erfolgreicher Klage nicht wieder an die früher gewohnten Einwohnerzahlen anknüpfen können. Bauland bringt Geld in die Kasse und könnte den Zuzug junger Familien fördern. Neue Projekte sind grundsätzlich nur noch realisierbar, wenn zuvor Teile des sogenannten Tafelsilbers verkauft werden. Das ist schade, aber wird auf absehbare Zeit bittere Realität bleiben.

Der Verkauf von städtischen Grundstücken muss sorgfältig geplant, behutsam überlegt und gut vorbereitet werden. Während man beispielsweise von einem angedachten Schulneubau am Hertinger Tor aus finanziellen Gründen Abschied nehmen muss, befindet sich die Nicolaischule nach wie vor im funktionierenden Schulbetrieb. Sie verfügt überdies über ein nicht kontaminiertes Gebäude. Folglich könnte die Überplanung der unbebauten Grundstücke am Hertinger Tor und an der Schulstrasse zeitnah beginnen, während im Falle der Nicolaischule noch Gespräche und Gremienberatungen vorgeschaltet werden müssen. Mittlerweile dürfte die Erkenntnis allgemein gereift sein, dass eine Realschule für unsere Stadt ausreichend ist. Da ohnehin im Falle der Anne Frank Realschule eine nachhaltige Problemlösung ansteht, ist die Auflösung dieser Schule eine logische und konsequente Lösung, die nichts mit der Qualität der pädagogischen Leistungen des Lehrkörpers zu tun hat.

Auch die Frage, ob auf dem Gelände des ehemaligen Freizeitbades in Massen Wohnbebauung zugelassen werden sollte, ist unter Berücksichtigung der bekannten Immissionsbelastungen sorgfältig abzuwägen.

Ein weiterer sinnvoller Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts ist die seit Jahren fällige, ersatzlose Streichung der bereits mächtig ausgehöhlten Baumschutzsatzung. Gut so! Die Vorschrift hat sich

ökologisch überholt. Sie gängelt den mündigen Bürger, kostet unnötig Geld und bindet Personal.

In den letzten Wochen war zu lesen, dass es dem Untergang des Abendlandes gleichkommt, wenn der Seniorentreff Fässchen nicht mehr in städtischer Trägerschaft sein sollte. Dies ist zunächst einmal ein Schlag ins Gesicht für alle nicht städtischen caritativen Organisationen, die sich regelmäßig erfolgreich um derartige Einrichtungen kümmern und allerorten die Hauptlast der sozialen Arbeit tragen. Ich habe bislang nicht ein einziges schlüssiges Argument gehört, welches belegen könnte, dass auch nur ein Angebot im Fässchen bei einem Wechsel des Trägers wegfällt. Das Fässchen soll natürlich auch nicht geschlossen werden, wie es durch Gerüchte in Unna gestreut wird. Besonders schlimm bei dieser Diskussion sind aber Äußerungen wie z.B.: "Für die Jugend ist jetzt genug getan, nun sind mal die Älteren dran," die so oder ähnlich publiziert wurden und als Argumentationshilfe für eine städtische Trägerschaft dienen sollen. Die Aufrechnung der Leistungen für Jugend bzw. ältere Menschen war dabei nicht etwa die Fehlleistung einer "bösen Presse", wie uns Frau Meyer hier in der letzten Woche weismachen wollte. Der Vergleich ist Inhalt einer schriftlichen Pressemeldung der CDU.

Zur Neustrukturierung der Kulturarbeit in Unna ist folgendes zu sagen: In der Vergangenheit wurde immer wieder die verstärkte Zusammenarbeit der kulturfördernden Einrichtungen dieser Stadt eingefordert. Mit der geplanten Gründung einer gemeinnützigen Kultur GmbH im Holdingverbund der WBU wird dieser Forderung nunmehr nachgekommen. Wir begrüßen dies ausdrücklich. Kompetenzen können zukünftig gebündelt, Kosten gespart und Synergien genutzt werden.

Meine Damen und Herren, die FW/FLU Fraktion hat in ihren Haushaltsberatungen einen Antrag formuliert, der anregt, etwaige finanzielle Erleichterungen, die sich durch die mögliche Verringerung der Kreisumlage oder andere Haushaltsverbesserungen ergeben, **ausschließlich** zur Senkung der Grundsteuer B zu verwenden. Die Grundsteuer B hat unseres Erachtens die größte soziale Komponente, da sie als sogenannter harter Standortfaktor besonders private Hausbesitzer und Wohnungsmieter belastet. Gewerbetreibende profitierten von einer Senkung ebenfalls, da auch sie Inhaber von Immobilien sind. Insbesondere auch im Hinblick auf die zu Anfang angesprochene Baulandoffensive, könnte die signifikante Senkung der Grundsteuer B ein Anreiz gerade auch für junge Familien sein, ihren Wohnsitz in Unna zu nehmen. Leider wurde unser Antrag bereits in den Vorberatungen mit großer Mehrheit abgelehnt. Das ist

sehr schade! Die Ablehnung ändert aber nichts an unserer grundsätzlichen Bereitschaft, dem Haushalt zuzustimmen.

Mit einem weiteren Antrag erhebt die FW/FLU die Forderung, der Werkstatt im Kreis Unna zunächst weiter die Spitzenfinanzierung in Höhe von 250.000 Euro zu gewähren. Die Werkstatt im Kreis Unna kümmert sich seit 30 Jahren erfolgreich um die Qualifizierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die aufgrund verschiedenster Ursachen keine oder wenig Chancen haben, ohne Hilfe auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Es wird gefordert, die Arbeit der Werkstatt als interkommunale Aufgabe des Kreises auf eine breitere finanzielle Basis zu stellen. Am besten würde dies gelingen, wenn der Kreis die Finanzierung übernehme und die Kreisumlage entsprechend anpassen würde. Dieses Ziel muss in den nächsten Monaten von allen Beteiligten konsequent weiterverfolgt werden.

Bis es jedoch soweit ist, muss sichergestellt sein, dass die Arbeit der Werkstatt im gewohnten Umfang weitergehen kann. Werden erst einmal Strukturen bei der Werkstatt kurzfristig zerschlagen und Entlassungen vorgenommen, ist dies nicht ebenso kurzfristig wieder zu beheben. Jeder Euro, der bei der Werkstatt zu viel eingespart wird,

rächt sich später durch notwendig werdende staatliche Transferleistungen.

Unser Vorschlag zur Gegenfinanzierung basiert auf drei Säulen:

Ein Teil des fehlenden Betrages wäre innerhalb der Werkstatt durch interne Konsolidierung selbst zu erbringen.

Ein weiterer Teil des Geldes könnte durch die Umschichtung von Sondermitteln für die Grünpflege von den Stadtbetrieben zur Werkstatt dargestellt werden. Die Werkstatt könnte für diesen Betrag die Grünpflege übernehmen.

Die pauschale Kürzung von Sachmitteln um 5%, wie sie im Vorschlag 10 vom Kämmerer angeregt wird, könnte mit der Erhöhung dieser Kürzung um weitere 5% eine Summe von 150.000 Euro erbringen. Zu diesen Sachmitteln gehören auch die Fraktionszuwendungen.

Alle drei Vorschläge zusammen würden die weitere Finanzierung der Werkstatt vorerst sicherstellen.

Sollten dann die Gespräche mit dem Kreis und den anderen Kommunen tatsächlich zum Erfolg führen, bin ich sicher, dass der

dann zur Verfügung stehende „Überschuss“ sinnvoll im Haushalt verwendet werden könnte.

Unser Vorschlag wurde mit der Mehrheit des Hauptausschusses in das nächste Jahr geschoben. Die Arbeit der Werkstatt ist bis dahin, so wurde uns versichert, ohne Abstriche möglich. Wir sollten gemeinsam darüber wachen.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf des Kämmerers versucht, den zuvor geschilderten Tatsachen und Erkenntnissen Rechnung zu tragen. Er ist sicher kein Werk, welches zum Jubeln animiert. Dennoch ist der Entwurf in sich schlüssig und in seiner Konsequenz nahezu ohne zielführende Alternative. Sicher, es gäbe eine Reihe guter Gründe, den vorliegenden Doppelhaushalt abzulehnen. Viele der 22 Konsolidierungsvorschläge des Kämmerers tun verdammt weh. Wer sie jedoch ernsthaft ablehnen möchte, wird am Ende um die Darstellung praktikabler Gegenvorschläge und die eine oder andere mutige Entscheidung nicht herumkommen.

Für die Fraktion der FW/FLU erkläre ich deshalb, dass wir dem Haushalt zustimmen.

Ich danke Ihnen!